









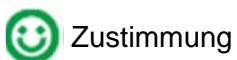


# **Gesundheit und Pflege:**

**Das meinen die Parteien zu  
wesentlichen Forderungen der IG Metall**











## Gesundheit und Pflege: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

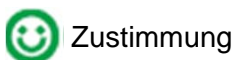
Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>Weiterentwicklung der GKV zur Bürgerversicherung; Beschränkung der PKV auf Zusatzleistungen</b>	CDU/CSU lehnen eine staatliche Einheitsversicherung ab. Die PKV soll erhalten bleiben. 	Bürgerversicherung als öffentlich-rechtliches System bei »Teilnahme aller Kassen« (PKV?). 	Kopfpauschale und Abkoppelung von den Löhnen war richtig: PKV »zukunftsfest« machen. 	Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung; PKV soll nur noch Zusatzleistungen anbieten. 	Grüne Bürgerversicherung. Auch die PKV soll die Bürgerversicherung anbieten können. 
<b>Wiederherstellung der realen Parität! Keine Selbstbeteiligung, Sonder- oder Zusatzbeiträge für Versicherte</b>	Der Weg in ein Prämienmodell (Kopfpauschale) mit eingefrorenem Arbeitgeberbeitrag wird nicht in Frage gestellt. 	Wiederherstellung der »tatsächlichen« Parität, Zusatz- und Sonderbeiträge fallen weg. 	Keine Aussage. Einen Arbeitgeberbeitrag soll es nach dem FDP-Modell nicht mehr geben. 	Wiederherstellung der Parität; Abschaffung aller Zuzahlungen. 	Wiederherstellung der Parität, Zuzahlungen werden abgeschafft. 

















## Gesundheit und Pflege:

Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) im 1. Schritt auf Niveau der Rentenversicherung; Prüfung der Einbeziehung weiterer Einkommensarten.</b>	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig. 	Die SPD will die BBG beibehalten. Weitere Einkommensarten sollen durch eine ansteigende Steuerfinanzierung beteiligt werden. 	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig. 	Aufhebung der BBG; Beiträge auf alle Einkommensarten 	Anhebung der BBG auf Niveau der Rentenversicherung; alle Einkommensarten heranziehen. 
<b>Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Demenz einbeziehen).</b>	CDU/CSU sind für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. 	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. 	Die FDP ist für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. 	Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. 	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. 



## Gesundheit und Pflege: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>Ausbau zur Bürger-Pflegeversicherung und Anhebung des Leistungsniveaus.</b>	Moderate Beitrags- erhöhung, ergänzend kapitalgedeckte Eigenvorsorge als Pflicht. 	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. 	Die FDP will mehr Eigenvorsorge. 	Bürgerversicherung Pflege; Leistungen anheben. 	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. 
<b>Einführung eines Pflegegelds für pflegende Angehörige.</b>	Rentenrechtliche Besserstellung bei Pflege von zwei oder mehr Pflege- bedürftigen. 	Flexible Pflegezeit bis zu 6 Monaten mit Lohnersatzleistung. 	Teilzeitmodelle und Freistellungsjahre. 	6-wöchige Pflege- zeit, Lohnersatz- leistung in Höhe des ALG I. 	3-monatige Pflege- zeit, 50 % des Nettolohns als Lohn- ersatzleistung. 
<b>Stärkung der sozialen Selbstverwaltung, Erhalt der »Friedenswahl«.</b>	Keine Aussage. Führende Vertreter wollen die »Friedenswahl« abschaffen. 	Stärkung der Sozial- partnerschaft und ihrer Institutionen. 	Die FDP will »Einheitslisten« abschaffen. 	Die Linke will die soziale Selbstver- waltung stärken. 	Stärkung der Patientenvertreter. 